Freitag, 02. Mai 2025, 17:00 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Mit Blut an den Händen

Die sudanesische Armee inszeniert sich als Opfer, während sie selbst zu den größten Tätern gehört.

von Julia Krämer
Foto: Bumble Dee/Shutterstock.com

Es ist April 2025 und der Sudan erhebt Klage gegen die Vereinigten Arabischen Emirate vor dem

Internationalen Strafgerichtshof. Der Vorwurf: Mittäterschaft am Völkermord. Der Staat soll paramilitärische Gruppen in der Region Darfur bewaffnet haben, die für den Genozid an der Volksgruppe der Masalit verantwortlich sein sollen. Dass dieser Vorwurf ausgerechnet von der Regierung und Armee des Sudan kommt, kann einen stutzig machen, denn in Sachen Völkermord haben beide keine weiße Weste. Seit Jahrzehnten tobt im Sudan ein erbitterter und blutiger Konflikt. Die sudanesische Armee ging in der Vergangenheit mit ausgesprochener Härte gegen die eigene Bevölkerung vor. Eine Betrachtung der Konfliktgeschichte wirft ein merkwürdiges Licht auf ihre aktuelle, moralische Selbstinszenierung.

Nasreddin Abdelbari, früherer Justizminister des Sudan, hat sich deutlich gegen die sudanesische Armee und ihre islamistischen Verbündeten gestellt. Anlass war der Vorwurf von Armeechef Abdel Fattah al-Burhan, die Vereinigten Arabischen Emirate würden einen Völkermord im Sudan unterstützen. Abdelbari zeigte sich fassungslos – gerade eine Institution, die selbst eine lange Geschichte von Gräueltaten hinter sich hat, erhebt nun solche Vorwürfe? Für ihn ein Akt der Heuchelei.

In einem Beitrag auf „X“ schrieb er, dass die Klage der sudanesischen Übergangsregierung gegen die Emirate vor dem Internationalen Gerichtshof zwar auf den ersten Blick nach einem rechtlichen Schritt aussieht – in Wahrheit aber sei sie aus seiner Sicht rein politisch motiviert und moralisch kaum zu rechtfertigen. Er erinnerte an das, was viele im Sudan nie vergessen haben: die

Kriegsverbrechen, für die die Armee vor allem in Darfur mitverantwortlich war.

Darfur liegt im Westen des Landes, aufgeteilt in fünf Bundesstaaten: Nord-, Süd-, Ost-, West- und Zentral-Darfur. Die Region grenzt im Osten an Kordofan, im Westen an den Tschad, zieht sich im Süden bis zum Fluss al-Dschazal und im Norden bis an die libysche Wüste. Heute ist Darfur erneut ein Zentrum heftiger Kämpfe – vor allem in al-Fashir, der Hauptstadt von Nord-Darfur. Die Stadt ist die letzte in der Region, die noch unter Kontrolle der Armee steht. Der Rest wurde von den Rapid Support Forces (RSF) übernommen.

Seit Wochen liefern sich Armee, islamistische Milizen und die RSF in al-Fashir erbitterte Kämpfe. Internationale Organisationen rufen immer wieder zum Waffenstillstand auf – doch die Armee zeigt bislang kein Interesse an Verhandlungen.

Hintergrund des Konflikts

Der Konflikt in Darfur ist nicht neu – seine Wurzeln reichen viele Jahre zurück. Doch im Februar 2003 nahm das Ganze eine neue, brutale Wendung. Damals traten zwei Gruppen auf den Plan: die Sudanese Liberation Army (SLA) und die Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (JEM). Beide bestanden aus Angehörigen der Volksgruppen der Fur, Massalit und Zaghawa – Menschen, die genug hatten von Ausgrenzung, Benachteiligung und dem Gefühl, politisch nicht dazuzugehören. Sie forderten endlich Gerechtigkeit und faire Beteiligung.

> ***Was danach geschah, war tragisch: Die sudanesische Regierung reagierte mit Gewalt. Dörfer wurden niedergebrannt, Bewohner vertrieben, viele getötet.***

Das Militär und regierungsnahe Milizen gingen brutal gegen die

Bevölkerung vor – oft völlig wahllos. Aus Angst und zur Selbstverteidigung begannen auch viele lokale Gemeinschaften, sich selbst zu bewaffnen. So entstanden neue Milizen. Zum ersten Mal wurden schwere Waffen eingesetzt – und die Region wurde über die Jahre regelrecht mit Waffen überschwemmt. Heute, so schätzen Beobachter, gibt es in Darfur mehr als eine Million davon. Doch es geht nicht nur um Politik oder Machtkämpfe.

> ***Ein wesentlicher Teil des Konflikts hat mit etwas ganz Alltäglichem zu tun: mit Land.***

In Darfur leben sesshafte Bauern – viele davon aus den oben genannten Volksgruppen – und nomadische Viehhirten, meist arabischer Herkunft. Zwischen diesen Gruppen kam es immer wieder zu Spannungen, etwa um Weiderechte oder Felder. Ein aktueller BBC-Bericht zeigt, wie tief diese Konflikte tatsächlich reichen – und dass sie, trotz aller politischen Dimensionen, auch ganz stark mit Existenzsicherung und Überleben zu tun haben.

In den 2000-er Jahren gaben Flüchtlinge in ihren Berichten an, dass Luftangriffe der Regierung häufig von Attacken durch Reitermilizen auf Pferden und Kamelen begleitet waren, bei denen Männer getötet und Frauen vergewaltigt wurden.

Innerhalb eines Zeitraums von einem Jahr wurden zahlreiche Menschen getötet – hauptsächlich Bauern und andere wie Fur-Volksgruppen. Viele Tausende suchten Zuflucht im Westnachbarland Tschad oder mussten innerhalb des eigenen Landes fliehen. Obwohl es 2004 zu einer Waffenruhe kam und anschließend eine Friedensmission der Afrikanischen Union stattfand, verschlimmerte sich die Situation bis 2007 weiter. Dies führte zu verstärkten Auseinandersetzungen und einer daraus resultierenden humanitären Krise. Letztendlich verloren dabei Hunderttausende Menschen das Leben und zwang über zwei Millionen zur Flucht.

Am 31. Juli 2007 genehmigte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Schaffung einer gemeinsamen UN-AU-Friedensmission (UNAMID), die die AU-Mission ablöste und erst im Jahr 2008 begann, ihre Arbeit aufzunehmen. Die Vereinten Nationen schätzen damals, dass im Konflikt von Darfur bis zu diesem Zeitpunkt rund 300.000 Menschen ums Leben gekommen waren.

Im März 2009 wurde gegen den früherigen Präsidenten Omar al-Baschir Anklage wegen Völkermords erhoben von der Internationaler Strafkammer des Gerichtshofs wegen der Verbrechen gegen die Menschheit und Kriegstat begangen vermutlich in Darfur. Dennoch weigerte sich die sudanesische Armee, al-Baschir vor das Gericht zu bringen.

Seit August 2003 wurden systematisch ganze Dörfer und Ackerflächen niedergebrannt und entvölkert; laut Human Rights Watch-Berichten insbesondere solche, die von Fur und Massalit bewohnt waren, geplündert oder Verpflegungsvorräte zerstört ebenso Viehhaltungseinrichtungen wie Brunnen und Pumpstationen. Die Angriffe erfolgten nicht willkürlich, sondern geplant und organisiert.

Ein Artikel der *New York Times* aus Januar 2025 zitierte vier führende US-Funktionäre, die die sudanesischen Armee beschuldigten, seit 2023 Chemiewaffen gegen die RSF einzusetzen.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieser Vorwürfe haben die USA gegen Abdel-Fattah al-Burhan Sanktionen verhängt, wegen dokumentierter Gräueltaten seiner Truppen, einschließlich willkürlicher Bombardierungen von zivil bewohnten Gebieten und dem Einsatz von Hunger als Kriegswaffe.

Der Gebrauch von chemischen Waffen hat die Lage im Sudan weiter verschärft und erreichte neue Ausmaße. Dieser Konflikt wird von vielen als die schlimmste humanitäre Krise weltweit angesehen –

mit bis zu 150.000 Todesopfern, über 11 Millionen Vertriebenen und der schrecklichsten Hungersnot seit Jahrzehnten.

Das Finanzministerium der Vereinigten Staaten hat festgestellt, dass unter der Leitung von Burhan die sudanesische Armee verschiedene Taktiken angewendet hat wie willkürliche Angriffe auf zivile Infrastruktur, Angriffe auf Schulgebäude und Krankenhäuser und auch außergerichtliche Hinrichtungen.

Ein Appell an die Menschen in Darfur

Der Politikexperte aus dem Sudan, Ayoub Nahar, warnt vor einem durchgesickerten „Aktionsplan" der „Gruppe von Putschisten aus Port Sudan", der darauf hindeutet, dass Darfur im Visier liegt. Er stellt die Frage:

> ***„Können wir wirklich glauben, dass die Armee, die vorgibt, al-Faschir zu schützen, dieselbe ist, die ihre Märkte bombardiert und Häuser zerstört?"***

Er sendet eine klare Botschaft an die Bewohner von Darfur:

„An diejenigen unter Ihnen, die auf das Militär vertrauen möchten: Diese Streitkräfte (...) haben die Absicht, euch zu vertreiben und euch aus Khartum und al-Jazira herauszuziehen, damit sie ihre ethnische Reinigung im Westteil fortführen können. Ihr solltet zwischen RSF und den gemeinsamen Kräften zermürbt werden, bis nichts mehr von Darfur und seiner Jugend übrigbleibt. Wenn ihr müde und hungrig seid und es euch schlecht geht, werdet ihr nach Khartum zurückkommen und mit Burhan auf den Ruinen des Präsidentenpalastes sitzen, gedemütigt und gebrochen."

Er fügt hinzu:

„Die Auswahlmöglichkeiten sind begrenzt – es gibt keinen Raum mehr für rachsüchtige und engstirnige Denker oder Kriegstreiber aus Stämmen; sie sind es gewesen, die uns in dieses Desaster geführt haben, während unsere Leute hungern und dursten unter dem Deckmantel eines Kampfs, um der Ehre willen zu sterben – ein Konzept, das nur in ihren krankhaften Vorstellungen existiert hat. Es liegt nun bei den Vernünftigen zu handeln ohne Emotion, sondern realistisch. Stoppt diesen verfluchten Krieg im Norden von Darfur, rettet die Zivilbevölkerung und hört auf, mit ihren Leben ein politisches Spielchen zu spielen. Die Vergangenheit sollte uns eine Lehre sein – Tod und Zerstörung haben bereits genug Leid gebracht und haben viele vertrieben. Es liegt an den Menschen, selbst zu entscheiden über das Schicksal von Darfur; nicht allein das Zentrum. Lasst uns auf die Stimme der Vernunft und des Friedens hören und gemeinsam Lösungen suchen, die weiterem Blutvergießen Einhalt gebieten können.“

Julia Krämer arbeitet im sozialen Bereich und beschäftigt sich intensiv mit gesellschaftlichen, politischen und sozialen Themen. Als gesetzliche Betreuerin unterstützt sie Menschen in verschiedenen Lebensbereichen. Darüber hinaus ist sie als Videografin für etliche Medienunternehmen tätig.